

### ■ Rütli-Schwüre ...

Seit die Lehrer der Neuköllner Rütli-Schule einen Brief, den sie an ihre vorgesetzte Behörde, den Schulsenator bzw. dessen »Außenstelle« in Neukölln, geschrieben hatten und der unbearbeitet blieb, der Presse zugänglich gemacht haben, ist die Schulwelt mindestens auch in Berlin für die, die sich bisher nicht darum geschert haben, nicht mehr in Ordnung. Andere, die diesen Problemen näher sind wie ich, wundern sich über die Heftigkeit der bundesdeutschen Reaktion auf diesen Vorfall – es gab bereits viele andere, und es gab schon viele Notrufe. Über die Skandalisierung des Einzelfalls hinaus existierte bislang keine öffentliche Reflexion und vor allem viel zu wenig Nachdenken über bildungspolitische Konsequenzen. Wenn der Rütli-Krach *dazu* dienen sollte, kann die Republik ruhig weiter auf dem Katastrophenlandstrich Neukölln herumhacken, um der Sache willen halten wir das auch noch weiter aus.

Die Fakten:

1. In den Ohren von Erziehungswissenschaftlern hatte der Name Rütli-Schule bislang einen guten Klang, gehörte diese Schule in den 20er Jahren des letzten Jahrhunderts doch zu den deutschlandweit berühmten Reformschulen Neuköllns in einem sehr armen, aber klassenbewussten Kiez, einem Eldorado der Schulreform: eine Volksschule, die durch neuartige Unterrichtsformen versuchte, Bildungsprivilegien zu brechen, musische Fächer als Grundlage in die Erziehungskonzeption einzubeziehen, Erziehung zu Selbständigkeit und Partizipati-

on zum obersten Ziel erklärte. Gerade aus der Rütli-Schule kam eine Reihe von Schülerinnen und Schüler, die aktiv im Widerstand gegen die Nationalsozialisten kämpften, einige von ihnen mussten dies mit dem Leben bezahlen.

2. Nach dem Krieg wurde die Rütli-Schule zu einer normalen Grund-, später Hauptschule, in einem sehr armen Kiez, in dem nach und nach Migranten die Einheimischen – »kleine Leute« – ablösten, die lieber dorthin zogen, wo es Inntoilette und vielleicht ein Zimmer mehr gab. Die Gegend wurde zunehmend Wohnquartier von großen arabischen Familien, viele davon Palästinenser. Seit langem wissen wir, wie »parallel« diese Welt zu ihrer Umwelt ist, wie schwierig die Beziehungen zu ihnen sind, die – viele Flüchtlinge, viele staatenlos, oft nur geduldet, ohne Arbeitserlaubnis, außerordentlich schuldistanziert, gewaltbereit – entwurzelt in jeder Hinsicht sind. Eine hervorragende Langzeitstudie wurde von den Bildungsverwaltern und Politikern nicht zur Kenntnis genommen (*Ralph Ghadban: Die Libanon-Flüchtlinge in Berlin. Zur Integration ethnischer Minderheiten. Das Arabische Buch, Berlin 2000*). Im Umfeld der Rütli-Schule, in ihrem Einzugsgebiet, herrscht extrem hohe Arbeitslosigkeit, extrem hohe Armut, extrem hohe Multiethnizität. Seit vier Jahren ist das Gebiet im »Quartiersmanagement« der »Sozialen Stadt«.

3. Gerade auch zur Rütli-Schule kamen in den

70er Jahren viele engagierte Lehrer, wie insgesamt Neukölln für viele exzellente Lehrer Arbeitsplatz wurde – und blieb und blieb und blieb, bis zum ansteckenden Burnout-Syndrom. Die Hauptschule wurde Restschule, die Zukunftsperspektive der Schüler verfiel dramatisch. Neue, junge Lehrer kamen nicht nach, überzählige Lehrer aus den migrationsfreien Ostbezirken sollten die Lücken füllen. Die Schule – und mit ihr eine Reihe von anderen Schulen in vergleichbarer Situation – brach in sich zusammen, weil Schulpolitik und -verwaltung vergessen hatten, dass es ihre Aufgabe war, auf Notstände zu reagieren. Seit neun Jahren ist die Konkretorenstelle unbesetzt, die langjährige Schulleiterin – kurz vor der Pension – ist seit September krank.

4. Über Berlins Schulen brach – Kurzzeitfolge des Pisa-Schocks, Langzeitfolge einer im Kern positiv zu wertenden Schulreform – eine Vielzahl von neuen Aufgaben herein: Sie sollten plötzlich – was lange gefordert war – selbständig eine Reihe von Entscheidungen treffen (und die damit verbundenen Arbeiten übernehmen), sie sollten Ganztagsbetrieb hinbekommen, sie sollten über Profilbildungen und neue Beziehungen zur Umwelt nachdenken, sie sollten alle Vergleichsarbeiten schreiben und damit in ihren Leistungen überprüfbar werden, sie sind aber nach wie vor alle überaltert, personell unter- bzw. fehlversorgt. Viele Schulen – insbesondere die »Restschulen« Hauptschulen sind ganz nah am Zustand der Rütli-Schule, die ihre Arbeitsfähigkeit aus eigenen Kräften nicht mehr herstellen konnte. Bei den anderen sind diese eigenen Kräfte noch nicht ganz am Ende, wie aber auf einer Personalversammlung der Neuköllner Lehrer und einer GEW-Konferenz in jüngster Zeit deutlich wurde, fehlt sehr wenig dazu. Ein überzeugter Hauptschullehrer, seit langem an seiner Schule, Mitgründer der Bürgerstiftung Neukölln und Neukölln-überzeugt (kürzlich wurde seine Schule vom Schulsenat als äußerst positiv evaluiert) sieht den Hauptgrund dafür in der fehlenden Erziehungsbereitschaft und -fähigkeit der Eltern, in der fehlenden Koope-



**Edition Umbruch – Texte zur Kulturpolitik – Bd. 18**  
**inter.kultur.politik. Kulturpolitik in der multiethnischen Gesellschaft**  
Bonn/Essen: Kulturpolitische Gesellschaft/Klartext Verlag, ISBN 3-89861-366-6, 214 S., 14 Euro

Migration wird immer noch vorwiegend als Problem gesehen, das die deutsche Gesellschaft von außen betrifft oder bedroht, ohne dass die darin liegenden Chancen und Potenziale zur Kenntnis genommen werden. Integration wird nicht als kulturelle Herausforderung thematisiert; vielmehr wird Integrationspolitik in erster Linie als arbeits- und sozialpolitische Steuerung von Zuwanderung begriffen. Dabei leistet Kulturarbeit bereits heute einen wichtigen Beitrag zur Kommunikation und Verständigung zwischen den Menschen, die einen unterschiedlichen kulturellen Hintergrund haben.

Der zweite Kulturpolitische Bundeskongress der Kulturpolitischen Gesellschaft 2003 in Berlin, dessen zentralen Ergebnisse in diesem Buch dokumentiert werden, diskutierte neue Weltansichten und Formen multiethnischer Praxis mit dem Ziel, interkulturelle Kulturpolitik auch in Deutschland verstärkt als öffentliche Aufgabe zu formulieren.

Kulturpolitische Gesellschaft eV. • Weberstr. 59a • 53113 Bonn • T 0228-201 67-0 • F 201 67-33 • post@kupoge.de • www.kupoge.de

ration mit ihnen, aber auch in den fehlenden Instrumenten und pädagogischen Möglichkeiten – auch wenn er individuell immer wieder Wege findet. Und das Hauptproblem: Wenn nur noch zwei der Absolventen seiner Abschlussklasse eine Lehrstelle finden: Wo soll da Lern- und Schulbereitschaft der Schüler herkommen?

Ich kenne viele der Schulen durch Kooperationen der Neuköllner Kultureinrichtungen mit ihnen, durch Künstlerprojekte, durch Lehrer, die um konkrete Unterstützung bitten, durch interessante Schulprojekte. Die Rütli-Schule ist langjähriger Partner für Künstler, als Theaterbesucher, für das Museum.

Die Bereitschaft zu künstlerischer Arbeit innerhalb wie außerhalb der Schule ist – nicht nur an der Rütli-Schule – zurückgegangen; der Druck insbesondere auf die Hauptschulen durch Vergleichsarbeiten und zusätzliche Aufgaben sei zu groß geworden, sagen Lehrer. Manche wollen auch nicht mehr aus der Schule heraus, weil sie nicht die Verantwortung für ihre Schüler übernehmen wollen. Es ist sehr leicht, sich darüber aufzuregen – aber selbst diesen Job übernehmen?

Die Ratlosigkeit ist riesig, sie wird um so größer, je näher man an den Problemen ist. Ich nehme ein vollständiges Versagen der Bildungspolitik wie der Integrationspolitik wahr. Die erste öffentliche Äußerung des Schulsenators Böger in der Berliner Abendschau lautete etwa: »Ich muss Versagen eingestehen (oh! dachte ich), Versagen dahingehend, dass meine Verwaltung so lange brauchte, um mir den Brief der Rütli-Lehrer zur Kenntnis zu bringen.« Das war's dann. Hauptthema war lange, ob die Rütli-Lehrer disziplinarmäßig zu belangen seien, weil sie den Brief an die Öffentlichkeit haben gelangen lassen. Konkrete Hilfe war die Abordnung eines Reinickendorfer Hauptschulrektors bis zum Ende des Schuljahrs zu Rütli, in der Hoffnung, bis dahin eine langfristige Lösung zu finden. Wer die Dauer kennt, die in Berlin eine Stellenbesetzung braucht, kann da nur aufstöhnen. Natürlich wird von diesem armen Abgeordneten eine Zauberlösung erwartet, und natürlich ist das Lehrerkollegium ausgesprochen zurückhaltend. Zwei Sozialarbeiter (einer türkischer, einer arabischer Herkunft) sind vom Quartiersmanagement für die Schule finanziert (auch dies schrieb der Schulsenator auf seine Fahnen). Und dann gibt es noch ein bißchen Zuckerguss: Rütli-Schüler dürfen zum pädagogischen Reiten gehen; die pädagogische Show-Truppe »Young Americans« studiert innerhalb von zwei Tagen eine »furiose Show« ein, von der alle Schulräte begeistert waren, und die Presse auch: »Die Young Americans touren seit 14 Jahren um die Welt, um mit Schülern und Lehrern, oftmals auch mit vermeintlichen Problemkids, »Musik zu machen und zu tanzen«, wie der Young American

## 14. Ordentliche Mitgliederversammlung der Kulturpolitischen Gesellschaft e.V.

9. September 2006 – Bonn, Haus der Geschichte

Weitere Informationen im Mitgliederrundbrief!

Öffentliche Podiumsdiskussion am 8. September 2006  
im Haus der Geschichte in Bonn

»Im Westen was Neues?

Wer punktet womit im Wettstreit der Kulturregionen?«

Kultur ist ein Wirtschaftsfaktor. Nicht erst, seit die Rede von der »creative class« in kultur- und wirtschaftspolitischen Debatten die Runde macht, sind Kunst und Kultur als Erfüllungsgehilfen einer auf Wirtschaftsförderung reduzierten Standortpolitik interessant geworden. Etliche Städte investieren trotz fragwürdiger Auslastungsperspektiven und unkalkulierbarer Folgekosten in neue Museumsbauten und Konzerthäuser, um im interkommunalen Wettbewerb bestehen zu können. Wo dies allein nicht mehr genügt, schließen sie sich zusammen zu Kulturregionen, um im Sinne einer regionalen Identitätspolitik bundes- und europaweit kulturell zu reüssieren.

Die Kulturpolitik in Nordrhein-Westfalen war schon vor dem Regierungswechsel 2005 ein Beispiel dafür. Gehandicapt durch das weitgehende Fehlen von Zeugnissen der Residenzkultur aus vorindustrieller Zeit und den noch nicht bewältigten Strukturwandel wählte sich das bevölkerungsreichste Bundesland im Hintertreffen gegenüber anderen Regionen, die in dieser Hinsicht vermeintlich mehr zu bieten hatten. Durch aktive Strukturpolitik mit der Kultur im Gepäck wollte die alte Landesregierung dem unvorteilhaften Image Nordrhein-Westfalens als alte Industrieregion beikommen und das Land auf eine eigene unverwechselbare Art und Weise europaweit profilieren. Die seither entstandenen Kathedralen der Industriekultur und die RuhrTriennale können als Belege dafür gelten.

Was haben sie bisher bewirkt? Gibt es schon Erfolge zu verzeichnen? Haben sie sich schon mental ausgewirkt? Kulturpolitiker beklagen immer noch den Wegzug vieler Künstler nach Berlin sowie die fehlende Präsenz in den Feuilletons der großen Zeitungen und begegnen der kulturellen Dynamik der Hauptstadt mit wachsendem Argwohn. Gleichwohl oder deshalb tritt die neue Kulturpolitik des Landes im Verhältnis zur Vorgängerregierung offensiver auf und will die Kulturmittel noch in dieser Legislaturperiode verdoppeln. Die Prioritäten werden freilich anders gesetzt: Von Substanzerhalt ist die Rede und mehr kultureller Bildung durch Künstler an den Schulen und weniger von Kulturpolitik als Strukturpolitik. Kündigt sich hier ein Paradigmenwechsel an, der die originären Kernaufgaben der Kulturpolitik wieder ins Zentrum rückt?

Dabei eröffnet sich doch gerade dafür in NRW eine neue Chance, weil Essen und das Ruhrgebiet Kulturhauptstadt Europas 2010 werden. Diese Auszeichnung ist für das Land Nordrhein-Westfalen eine Chance und Verpflichtung zugleich. Erwartet werden nicht nur kulturelle und wirtschaftliche Impulse für das Revier, sondern auch beispielhafte Ideen für den Strukturwandel mit Hilfe der Kultur in industriell geprägten Regionen. Mit den Leitthemen Urbanität, Identität und Integration markiert das Programm zentrale gesellschaftspolitische Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft, die nicht nur zwischen Emscher und Ruhr zu bewältigen sind, sondern in allen europäischen Ballungsräumen. Welche Verantwortung erwächst daraus für die Konzeption des Vorhabens und für die Kulturpolitik des Landes und der Kommunen?

Programm

**Begrüßung**

N.N., Haus der Geschichte

**Eröffnungsrede**

*Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff*,  
Staatssekretär für Kultur

**Podium**

*Carola Baukholt*, Komponistin, Köln •  
*Adrienne Goehler*, Publizistin Berlin • *Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff*, Staatssekretär für Kultur des Landes NRW • *Dr. Oliver Scheytt*, Kulturdezernent der Stadt Essen und Präsident der Kulturpolitischen Gesellschaft • *Marie Zimmermann*,

Schauspieldirektorin der Wiener Festwochen, Intendantin der RuhrTriennale 2008 – 2010 (*angefragt*)

Moderation: *Dr. Gerhard Baum*,  
Vorsitzender des Kulturrates NRW

**Im Anschluß an die Veranstaltung findet die Preisverleihung des Kulturpreises des Kulturrats NRW an *Dr. Roberto Ciulli*, Künstlerischer Leiter des Theaters an der Ruhr, Mülheim, statt, die Laudatio hält *Dragan Klaić*, ehem. EFAH-Präsident.**

Die Veranstaltung findet statt im Rahmen des zehnjährigen Jubiläums des Kulturrats NRW.



Kulturrat NRW • Kulturpolitische Gesellschaft e.V.  
in Kooperation mit dem Haus der Geschichte



+++In+Kürze+++In+Kürze+++In+Kürze+++

### Öffentliche Ausgaben für Kultur in Deutschland weiterhin rückläufig

Kulturstatistik im neuen Jahrbuch für Kulturpolitik

Der Artikel zur Kulturstatistik im neuen Jahrbuch für Kulturpolitik, das auf dem 30jährigen Jubiläum der Kulturpolitischen Gesellschaft am 16. Juni in Hamburg der Öffentlichkeit vorgestellt wurde, fasst Ergebnisse der Kulturstatistik – wie in den Vorjahren zusammengestellt von Michael Söndermann – zur Öffentlichen Kulturfinanzierung in Deutschland für das Jahr 2005, soweit diese bereits vorliegen, zusammen.

Demnach gehen diese nach dem erreichten Höhepunkt im Jahr 2001 weiterhin kontinuierlich zurück. Am stärksten sind dabei die Etats der Kommunen gebeutelt, während der Bundesetat in den letzten Jahren schwankte, aber 2005 um vier Prozent gegenüber dem Vorjahr zulegen konnte. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt nahm ihr Anteil kontinuierlich von 0,40 auf 0,35 (nach OECD-Kriterien von 0,72 auf 0,68) Prozent ab.

Dabei tragen die Gemeinden 43 und die Länder 42 Prozent der Ausgaben, der Bund ist mit 15 Prozent dabei. Im Vergleich zu den Vorjahren ist hierbei jedoch zu berücksichtigen, dass bei den Bundesausgaben diejenigen für die Auswärtige Kulturpolitik erstmals einbezogen worden sind, was die Vergleichbarkeit nicht unbedingt erleichtert. Ohne diese Mittel (2004 = rd. 280 Mio. Euro) liegen diese wie in den Vorjahren bei zehn bis elf Prozent. Ähnliches gilt für die den Posten Erwachsenenbildung/VHS/Weiterbildung, der nur noch mit einem Anteil von zehn Prozent in die Berechnung eingeht, da nur noch die »relevanten kulturbezogenen Weiterbildungsmaßnahmen« erfasst werden sollen.

Interessant ist die Verteilung des Anteils, den die Kulturausgaben der Länder einschließlich der Gemeindeebene im Pro-Kopf-Vergleich einnehmen (Zahlen von 2003). Stehen bei den Gesamtausgaben die finanzstarken und bevölkerungsreichen Länder Nordrhein-Westfalen, Bayern und Baden-Württemberg an der Spitze – gefolgt von Sachsen – sind es bei den jenen die ostdeutschen Länder Sachsen (151), Thüringen (112) und Sachsen-Anhalt (104), gefolgt von Baden-Württemberg (90) und Bayern (89). Selbst Mecklenburg-Vorpommern (84) und Brandenburg (82) liegen weit vor Hessen (72) und Nordrhein-Westfalen (70). Das Schlusslicht bildet Schleswig-Holstein mit 53 Euro.

Offen bleibt in der Zusammenstellung leider, welchen Stellenwert die abermalige Änderung der Bemessungsgrundlagen hat, ob es eine Tendenz gibt, sich an internationale Standards anzupassen und welche Auswirkungen dieses dann auf den Aussagewert der oben referierten Tendenzaussagen sowie im internationalen Vergleich hat. – Beziehungsweise welche Rolle die Zahlen, Berechnungsgrundlagen und Definitionen bei den Auseinandersetzungen um die Subventionsvorwürfe in den internationalen GATS- und WTO-Verhandlungen spielen werden.

Kulturstatistik bleibt eine spannende Angelegenheit. J.H.

Travis Goode bescheiden formulierte. Denn in zwei Tagen intensiven Probens ging es um viel mehr: Um Kommunikation, um Selbstvertrauen, um Teamgeist, um das Entdecken der eigenen Fähig- und Möglichkeiten.« (*Frankfurter Rundschau online, 18.06.2006*) Warum sich also mit langwierigen Konzepten, Analysen und Mehrausgaben herumschlagen, wenn es auch schneller, einfacher und billiger geht? Die Schüler hatten auch ihren Spaß, heißt es bei etwas kritischen Nachfragen, das fragwürdige künstlerische Ergebnis betreffend.

Es ist ruhiger geworden um die Rütli-Schule. Die Probleme, die durch den Lehrer-Brief wie eine Eiterbeule zum Platzen kamen, sind keineswegs behoben. Sie sind auch nicht einfach zu beheben, denn sie haben langjährige Versäumnisse von Schul- und Integrationspolitik zur Ursache. Ich hoffe nur, die Ruhe – insbesondere den betroffenen Schülern und Lehrern sei sie gegönnt – wird nicht zur Friedhofsruhe. Es war überaus wohltuend, den

öffentlichen Diskurs in der »Süddeutschen« oder der »Zeit« über Probleme zu lesen, die sonst der Unfähigkeit von Lokalpolitikern in die Schuhe geschoben werden. Bundesweit, sogar international erreichten Anrufe von Kollegen Schul- und Bildungsakteuren Neukölln, die von vergleichbaren Problemen in Frankreich, Großbritannien und sogar in Schweden berichteten: Die Zukunft junger Migranten ist kein Neuköllner, sondern mindestens ein europäisches Problem. Ich hoffe sehr, dass der öffentliche Diskurs über Schule, der endlich ernsthaft begonnen hat, nicht eingestellt wird, wenn die nächste Katastrophe (Gesundheitswesen? WM-Sieg wird verpasst?) vor der Tür steht. Wir benötigen bei aller spontanen Kreativität Nachhaltigkeit und gesamtgesellschaftlicher Verantwortung. Neukölln ist zum Indikator mindestens der Berliner, wenn nicht bundesdeutscher Integrationspolitik geworden.

Dorothea Kolland